

Wolfgang Seeger

Ausländer-Integration
ist
Völkermord

Das Verbrechen an den ausländischen Volksgruppen
und am deutschen Volk

Verlag Hohe Warte - Franz v. Bebenburg - KG - 8121 Pähl

Auf den ersten Blick ...

Auf den ersten Blick scheint der Titel dieser Schrift reichlich kraß. Kein Ausländer und kein Einheimischer kommt durch den Zuzug und bei seinem Hiersein ums Leben. Im Gegenteil: beide Seiten erfreuen sich eines guten Lebensstandards. Warum also von Mord reden?

Dennoch trifft aber der Titel genau den Kern. Die Einwanderung von Millionen Ausländern und ihre Aufnahme in den deutschen Volkskörper zerstört nämlich die Identität, ihre Volkseigenart, und zwar sowohl der Eingewanderten wie der Einheimischen. Sie verändert das Erscheinungsbild, die Gefühlsart, sowie Sitte und Kultur der Deutschen und setzt die Ausländer dem Schicksal der Assimilation aus.

Nach dem Völkerrecht ist das „Völkermord“, denn nach der Völkermord-Konvention der UNO vom 9. 12. 1948 wird unter dem Begriff „Völkermord“ nicht nur die Tötung von Mitgliedern andersartiger Gruppen erfaßt, sondern auch wenn eine „*nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppe als solche*“ vorsätzlich unter Lebensbedingungen gestellt wird, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen. Dies ist aber schon der Fall, wenn z. B. Kinder fremdvölkischer Gruppen in deutsche Kindergärten geholt werden, um ihnen Deutsch beizubringen, bevor sie ihre eigene Muttersprache einigermaßen in Wort und Schrift beherrschen. Die einzelnen Völker oder innerhalb anderer Völker und Staaten lebende Volksgruppen besitzen als solche einen sehr hoch einzuschätzenden Eigenwert; daher ist ihre Erhaltung im bestehenden Völkerrecht entsprechend geschützt.

Papst Johannes Paul II. forderte anlässlich des Neujahrsempfangs für das diplomatische Korps 1981, daß das „*Vorrecht der Erhaltung der kulturellen Identität*“ eines jeden Volkes berücksichtigt werden müsse („Ruhr-Nachrichten“, 13. 1. 1981), und sagte während seines Deutschland-Besuches: „*Meine Hände mögen verdorren, wenn ich mein Volk, meine Heimat vergesse.*“ Und an Abordnungen ausländischer Familien in der Bundesrepublik gerichtet, meinte der Papst: „*Es gilt also, das, was innerlich in einem geschrieben ist, zu behüten, zu entziffern und zu entfalten. Das bedeutet: Es gilt, an den Mutterboden zu denken, an die Erbfaktoren, die mitgegeben sind, die uns gestaltet haben, die einen unverzichtbaren Teil der Psyche*“ (Seele) „*und der Persönlichkeit darstellen.*“ („Frankfurter Allg. Zeitung“, 18. 11. 1980)

Ausländer-Integration ist Völkermord

Am 15. und 16. 12. 1979 fand in Stuttgart-Bad Cannstatt der Fachkongreß „Ausländerkinder in der Bundesrepublik“ statt, bei dem es um die bessere Integration der Ausländerkinder ging. Die Diskussionen um die Integration der Ausländerkinder blieben ohne greifbares Ergebnis, weil den Teilnehmern nicht klar war, was Integration überhaupt bedeutet. Es tauchte dabei auch der Begriff „Germanisierung“ auf, wobei die Betreffenden nicht einmal wußten, ob so etwas überhaupt möglich ist. In den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 17. 12. 1979 steht über diesen Kongreß u. a. noch folgendes:

„Mehr als vier Millionen Ausländer leben heute in der Bundesrepublik und haben sie damit de facto zum ‚Einwanderungsland‘ gemacht, ohne daß die deutsche Gesellschaft in mehr als zwanzig Jahren wirksame Modelle zur Eingliederung der Ausländer entwickelt hätte. Das Beispiel des Sizilianers spricht Bände, der — mit 18 Jahren in die Bundesrepublik gekommen — zwei Jahrzehnte später in seiner sizilianischen Heimat als ‚der Deutsche‘ gehänselt, in seinem deutschen Wohnort aber als ‚der Gastarbeiter‘ diffamiert wird.“

Der hier indirekt erhobene Vorwurf gegen die Deutschen, sie hätten nichts für die Eingliederung der Ausländer getan, ist ungerechtfertigt; denn die Ausländer wurden als „Gastarbeiter“ — also auf vorübergehende Zeit und nicht auf Dauer — angeworben. Die westdeutsche Bevölkerung wurde bisher auch nicht gefragt, ob sie mit einer Anwerbung bzw. einem dauernden Verbleib der Ausländer einverstanden ist.

Bei dem Kongreß wurden z. B. Forderungen gestellt wie Verbesserung des geltenden Ausländerrechts, die Erweiterung der Aufenthaltsberechtigung, die Einschränkung der Ausweisungsmöglichkeiten, das Kommunalwahlrecht für Ausländer, die Auflösung der Nationalklassen für Ausländerkinder, die Möglichkeit, die Heimatsprache als zweite Fremdsprache im Unterricht zu lernen usw. Das sind teilweise Forderungen, die, soweit sie von Ausländern vorgebracht wurden, im umgekehrten Falle deutsche Gastarbeiter im Ausland wohl kaum stellen dürften, wenn sie mit einer weiteren Beschäftigung rechnen wollten.

Die Kongreßteilnehmer waren sich nur in dem Punkt einig, daß die Ausländer aus ihrem sozialen Ghetto herausmüssen; die Hauptfrage, wie die Befreiung aus diesem Ghetto erfolgen soll und ob so etwas überhaupt möglich ist, blieb unbeantwortet und konnte auch gar nicht beantwortet werden, da der Begriff „Integration“ den Teilnehmern

gar nicht klar war. Und bekanntlich bleibt jede Diskussion über ein Thema ohne greifbares Ergebnis, wenn der Begriff und die Sache, über die diskutiert werden soll, den Teilnehmern nicht klar ist.

Was bedeutet überhaupt das Wort „*Integration*“? Bekanntlich werden oft Fremdworte insbesondere im politischen Leben gebraucht, deren Bedeutung den meisten Menschen nicht eindeutig klar ist, um damit die wirklichen Absichten dem Volk bzw. den Völkern gegenüber besser verschleiern zu können!

Integration heißt auf deutsch Verbindung einer Vielheit von einzelnen Personen oder Gruppen zu einer gesellschaftlichen Einheit (Soziologie), bedeutet Eingliederung, Einschmelzung, Vermischung. Nun stößt aber jede Eingliederung, Einschmelzung (Vermischung) der Ausländer in den deutschen Volkskörper auf unüberwindbare Schwierigkeiten, da die Naturgesetze es nicht zulassen, daß man durch Erlernung einer fremden Sprache und Annahme der fremden Sitten und Gebräuche ein Angehöriger eines anderen Volkes werden kann, denn das angeborene Wesen und Gefühlsleben eines Menschen läßt sich bekanntlich nicht ändern!

Durch die Integration sollen die Ausländer zu „*Deutschen*“ gemacht werden; durch eine „*Germanisierung*“ = „*Eindeutschung*“ soll das gleiche erreicht werden. „*Integration*“ und „*Germanisierung*“ sind also für die hier lebenden Ausländer das gleiche.

Um hier keinen Irrtum aufkommen zu lassen, muß erwähnt werden, daß unter dem Begriff „*Ausländer*“ der Angehörige eines fremden Volkes zu verstehen ist und nicht grundsätzlich der Angehörige eines anderen Staates. So ist z. B. ein Deutscher mit italienischer Staatsangehörigkeit (Südtiroler) niemals ein Ausländer (denn Südtirol wird von deutschen Menschen bewohnt, und die Muttersprache dieser Menschen ist Deutsch), dagegen bleibt ein Türke usw., der die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten hat, in diesem Sinne ein Ausländer, denn die Staatsangehörigkeit ist eine Äußerlichkeit, die angenommen und wieder abgelegt werden kann, während man die Volkszugehörigkeit, das angeborene Wesen und Gefühlsleben, das ja rassisch und volkstumsmäßig bedingt ist, nicht ändern kann.

Kurz gesagt, eine Integration (Eingliederung, Einschmelzung) der Ausländer in den deutschen Volkskörper ist auf Grund der Naturgesetze nicht möglich. Alle Versuche einer Integration sind also von vornherein zum Scheitern verurteilt, und entsprechend ist auch das

Ergebnis einer solchen naturwidrigen Politik, wie wir gleich sehen werden:

Eine äußerliche Eingliederung in den deutschen Volkskörper bedeutet für die Ausländer bereits Aufgabe ihrer eigenen Lebensweise, Gebrauch der ihnen fremden deutschen Sprache als Umgangssprache und Erziehung ihrer Kinder in der deutschen Sprache.

Damit wird den Ausländern fremde Lebensart und Lebensweise aufgedrängt, die Verbindung zu Volk und Heimat gelöst; kurz: sie werden entwurzelt und heimatlos, denn das Gastland kann für sie nicht Heimat in des Wortes tiefster Bedeutung werden, sie können nie deutsch fühlen und denken, also Deutsche werden, weil die Vererbungsgesetze, die ja auch für die seelischen Erbeigenschaften gelten, es nicht zulassen. Nicht umsonst werden daher viele Gastarbeiter gemütskrank!

Da eine Integration der Ausländer in den deutschen Volkskörper nichts anderes ist als eine Entwurzelung, ein Herauslösen der Ausländer aus ihren Völkern oder Volksgruppen, kann an Stelle von „*Integration*“ mit vollem Recht das deutsche Wort „*Entwurzelung*“ treten. Jede „*Integrationspolitik*“ ist also eine „*Entwurzelungspolitik*“! Dieser Begriff ist eindeutig und für jedermann verständlich und nicht so verschwommen wie das Wort „*Integration*“.

Genau das gleiche gilt für den Begriff „*Assimilation*“, der „*Angleichung*“ bedeutet. Eine „*Assimilation*“ von Ausländern an das deutsche Volk bedeutet in ihrer Auswirkung letztlich das gleiche wie „*Integration*“, nämlich „*Entwurzelung*“! Wenn man an Stelle von Fremdwörtern eindeutige deutsche Begriffe verwendet, wird einer vieldeutigen Auslegung dieser verschwommenen Fremdwortbegriffe von vornherein der Boden entzogen.

Die auf dem Fachkongreß erhobene Forderung, die Nationalklassen für Ausländerkinder an den Schulen aufzulösen und die Heimatsprache als zweite Fremdsprache im Unterricht zu lernen, schlägt den Naturgesetzen ins Gesicht, denn damit wird bei den Ausländerkindern die Heimatsprache oder richtiger Muttersprache — die ja eng mit dem angeborenen Wesen und Gefühlsleben des Menschen zusammenhängt und zum Kulturgut eines jeden Volkes gehört — zurückgedrängt, was zu einer seelischen Schädigung und ganz zwangsläufig zu einer Entwurzelung dieser Menschen führt.

Als Muttersprache ist die Sprache anzusehen, die zu dem im Unterbewußtsein des Menschen liegenden Rasseerbgut gehört und die die

wichtigste Brücke vom Bewußtsein zum Erbgut im Unterbewußtsein darstellt. Da die Erbeigenart der einzelnen Völker oft stark verschieden ist, ist es verständlich, daß es insbesondere für die Kulturworte wie Stolz, Mut, Kühnheit, Tapferkeit, Ehre, Freiheit usw. in einer anderen Sprache oft keine vergleichbaren Worte gibt.

So fehlt zum Beispiel in einer orientalischen Sprache ein vergleichbares Wort für Ehre. Ehre wird mit dem Wort übersetzt, das Pracht, Reichtum, Ansehen bedeutet, aber Pracht, Reichtum und Ansehen haben bekanntlich mit unserem Begriff Ehre überhaupt nichts zu tun.

Durch die Wegnahme der Muttersprache und ihren Ersatz durch eine andere Sprache wird also an den Ausländern und insbesondere an den ausländischen Kindern ein Unrecht begangen; sie werden seelisch entwurzelt, das heißt, sie stehen ohne inneren Halt da, da die Verbindung zu ihrem Erbgut zerrissen wurde, und wissen nicht, wo ihre Heimat ist.

Insbesondere sind ausländische Kinder, die einen deutschen Kindergarten und deutsche Grundschulen besuchen, dieser Gefahr einer Entwurzelung und damit Entfremdung aus ihrem Volkstum ausgesetzt, da sie in diesem Alter die Sprache ihres Volkes, ihre Muttersprache, selbst noch lange nicht richtig beherrschen. Wenn man diese Entwurzelung der ausländischen Kinder vermeiden will, müssen die ausländischen Kinder in getrennten Kindergärten und sogenannten Nationalklassen unterrichtet werden; sie bedürfen also einer besonderen Fürsorge, damit sie nicht so ohne weiteres durch ihre Umwelt „integriert“ oder „germanisiert“ werden. Diese gesonderte Erziehung ist jedoch in vielen Fällen gar nicht durchführbar, da die Lehrkräfte, Räume und Geldmittel dazu fehlen. Teilweise haben Ausländer diese Gefahr der Entwurzelung für ihre Kinder erkannt und schicken diese in ihre Heimat zu Verwandten zurück; ein „Familiennachzug“ ist daher im Interesse der Kinder abzulehnen. In einigen Städten mit einer hohen Ausländerzahl stellt sich bereits das umgekehrte Problem; die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 13. 8. 1982 bemerkt dazu:

„In der Tat stellt sich die Frage, wer eigentlich wen integriert, wenn in einigen Schulklassen oder Schulen in Berlin, aber auch in Frankfurt nur noch ein, höchstens zwei von zehn Schülern Deutsche sind.“

Die ersten Folgen bzw. das Scheitern dieser naturwidrigen Integrationspolitik bei den Ausländerkindern sehen wir bereits in einer Pressemeldung („Stuttgarter Nachrichten“ vom 6. 4. 1977) mit folgenden Worten bestätigt:

„Statt zweisprachig, wie es die Integrationstheorie wollte, waren sie halbsprachig oder gar ‚sprachlos‘ geworden. Tatsache und Begriff des ‚integrationsgeschädigten Kindes‘ waren geboren . . .“

Die Ausländerkinder sind bzw. werden also durch die Integrationspolitik seelisch schwer geschädigt. Obwohl man dies weiß, wird diese seelenschädigende Politik weiter fortgesetzt!

So melden die „Stuttgarter Nachrichten“ vom 2. 7. 1979, daß das Kölner Schulamt zu Beginn des neuen Schuljahres am 6. August die Ausländerkinder, die sich bislang an den Schulen der „Gastarbeiter-Stadtteile“ sammelten und dort in vielen Klassen schon über 50 Prozent der Schüler stellten, mit Hilfe von Bussen gleichmäßig über das ganze Stadtgebiet verteilen will. Doch diese Maßnahme stößt auf den Widerstand der deutschen und ausländischen Eltern! Es heißt dort:

„Deutsche Eltern äußern vielfach die Befürchtung, daß ihre Kinder nicht genug lernen, um später weiterführende Schulen besuchen zu können . . . Die ausländischen Eltern, deren Kindern man durch die ‚Entzerrungsmaßnahme‘ zu besseren schulischen Ergebnissen verhelfen will, wollen keinesfalls alle die Integration: weil sie befürchten, daß ihre Kinder zwischen allen Stühlen sitzen werden, wenn sie eines Tages in die Heimat zurückkehren. So ist insbesondere von türkischen Eltern bekannt, daß sie mittlerweile Schulen mit hohem Türkenanteil als ihre Schulen betrachten. Konflikte zeichnen sich aber auch mit deutschen Eltern ab. Immer mehr schicken ihre Kinder in Bekenntnis- und Privatschulen, die mittlerweile sogar offen damit werben, daß es bei ihnen keine Ausländer gibt.“

Diese Maßnahmen erinnern an die Verhältnisse in den USA, wo auch mit allen Mitteln entgegen dem Willen der farbigen Bevölkerung versucht wird (die Farbigen wollen für sich bleiben und lehnen fast durchweg eine Mischehe ab — „Stuttgarter Nachrichten“ vom 9. 5. 1961), Schwarz und Weiß miteinander zu vermischen (Wohnblocks für sozial Schwache — meist farbige Bürger — sollen in vornehmen Wohnvierteln der Weißen gebaut werden, schwarze Kinder werden in weiße Schulen geschickt und umgekehrt! — Letzteres wird „Busing“ genannt), siehe „Die Welt“ vom 22. und 23. 4. 1976.

Man will anscheinend immer noch nicht einsehen, daß die Integrationspolitik falsch ist!

Man sollte sich hier auch darüber im klaren sein, daß ausländische Kinder, die in einer deutschen Schule erzogen werden, den deutschen Volksliedern, die dort geübt und gesungen werden, völlig fremd und letztlich verständnislos gegenüberstehen müssen, denn die deutschen

Volkslieder sind genauso wie die Werke unserer Dichter und großen Musiker mit dem deutschen Erbgut und Gemütsleben verbunden; sie sprechen deutsche Menschen an, aber nur in wenigen Ausnahmefällen auch Ausländer. Auch kann ein ausländisches Kind innerlich keinen Anteil an unserer deutschen Geschichte nehmen; es steht ihr fremd gegenüber, denn die Taten unserer Vorfahren sind in vielen Fällen Ausfluß ihrer Erbanlagen!

Die Integrationspolitiker gehen unter Mißachtung der Völkermordkonvention offensichtlich von der irrigen Annahme aus, daß alle Menschen gleich seien und die Erhaltung der einzelnen Völker bzw. Volksgruppen von untergeordneter Bedeutung bzw. belanglos sei. Diese Lehre von der Gleichheit aller Menschen, dem vermeintlichen „*Menschheitsideal*“, wurde schon im vorigen Jahrhundert von einem der führenden Juden seiner Zeit, dem englischen Ministerpräsidenten Benjamin Disraeli, sehr scharf abgelehnt. Er schreibt in dem Buch „*Lord George Bentinck*“ (Aus dem Englischen übersetzt von Dr. Ernst Susemihl, Cassel, Ernst Balde, 1853):

„Die Juden repräsentieren das semitische Prinzip — Alles, was geistlich ist in unserer Natur. Sie sind die Bewahrer der Überlieferung und die Erhalter des religiösen Elements. Sie sind ein lebendiges und höchst auffallendes Beispiel von der Falschheit jener verderblichen Lehre der modernen Zeiten, von der natürlichen Gleichheit des Menschen. Die politische Gleichheit eines besonderen Stammes ist eine Sache der bürgerlichen Anordnung und hängt einzig und allein von politischen Rücksichten und Umständen ab; aber die jetzt so beliebte natürliche Gleichheit des Menschen, welche die Form der kosmopolitischen Brüderschaft annimmt, ist ein Grundsatz, der, wenn es möglich wäre, danach zu handeln, die großen Menschengeschlechter herabwürdigen und den ganzen Genius der Welt zerstören würde.“

Welches würde z. B. die Folge sein für die große angelsächsische Republik, wenn die Bürger von ihrem gesunden Grundsatz abweichen und sich mit ihrer schwarzen und farbigen Bevölkerung vermischen wollten? Im Laufe der Zeit würden sie so herunterkommen, daß ihre Staaten wahrscheinlich von den Eingeborenen, die sie vertrieben, wieder erobert und diese ihre Herren werden würden. Aber obgleich die Natur niemals gestatten wird, daß die Theorie der natürlichen Gleichheit in Anwendung komme, so hat doch schon das Predigen dieser Lehre viel Unheil angerichtet und kann noch mehr anrichten. Die angeborene Richtung des jüdischen Stammes, der mit Recht stolz ist auf sein Blut, widerstrebt der Lehre von der Gleichheit der Menschen.“ (Seite 327/238)

Die Folgen „jener verderblichen Lehre von der natürlichen Gleich-

heit der Menschen“ sind also Völkervermischung und damit Volksuntergang und Kulturzerfall!

In der „Berliner Morgenpost“ vom 25. 7. 1982 steht in dem Aufsatz „Besinnung auf Heimat und Geschichte“:

„Die heutige Gleichgültigkeit gegen Volk und Vaterland, gegen unsere Geschichte und unsere kulturellen Traditionen ist eine ernste Gefahr, die zum völligen Verlust unserer nationalen Identität und zwangsläufig zum Untergang des deutschen Volkes führen muß. Vor einer solchen Entwicklung hat der ehemalige langjährige Vorsitzende der Evangelischen Notgemeinschaft, Pfarrer Alexander Evertz (Dortmund), gewarnt . . .

*Einen Skandal nennt es Pfarrer Evertz, wenn heute in unserem Land Menschen, die sich um die Erhaltung des deutschen Volkes Sorge machen, als Nationalisten, Rassisten und Rechtsextremisten verleumdet würden . . .**

Evertz weist auf die Hunderttausende von Kindern hin, die weder ihre türkische, griechische, italienische oder sonstige Muttersprache noch die deutsche Sprache richtig sprechen lernten. Es wachsen also wurzellose Menschen heran. Wer diesem Zustand gleichgültig zusieht, versündigt sich gegen die Prinzipien der Humanität.“

Pfarrer Evertz meint zu den Integrationsbemühungen:

„Wenn man mit direktem oder indirektem Druck Menschen aus ihren sprachlichen und kulturellen Bindungen herausreißen will, dann vergeht man sich an ihrem Menschsein.“

*) Die Schrift „Ausländer-Integration ist Völkermord“, die für die Erhaltung der Völker eintritt, wurde seit ihrem Erscheinen mit den heute üblichen Schlagworten „rechtsradikale Schrift“, „ausländerfeindliches Heft“, „rassistische Volksverhetzung“ usw. bezeichnet. Hierzu ist zu bemerken, daß bekanntlich nichts einfacher ist, einen Menschen, dessen Ansichten unbequem, aber sachlich nicht zu widerlegen sind, dadurch mundtot zu machen, daß man ihn als „rechtsradikal“, „Nazi“, „Faschist“, „Rassist“ usw. bezeichnet, denn viele Menschen fürchten sich, mit einem auf diese Art und Weise verleumdeten Menschen zu verkehren oder offen dessen Meinung anzuerkennen, um nicht selbst in den Geruch eines „Rassisten“ usw. zu kommen. Eine solche Handlungsweise ist in einem freiheitlichen Staat aber letztlich ein Verstoß gegen einen wichtigen Grundpfeiler der Verfassung, nämlich die Meinungsfreiheit, und hilft mit, den Staat zu zerstören. Denn ein Staat, in dem nur die Besitzer der Presse, des Rundfunks und Fernsehens ungestört ihre Meinung sagen dürfen, ist kein demokratischer Staat mehr! Diese Menschen, die so leichtfertig mit den Worten „Rassist“ usw. umgehen, müßten folgerichtigerweise alle Politiker der Welt, die für die Erhaltung ihres Volkes eintreten, und alle Biologen und Erbforscher einschließlich des Abtes Gregor Mendel, der die Erbgesetze im vorigen Jahrhundert entdeckte, und auch einschließlich des Papstes Johannes Paul II., der bekanntlich mit Leidenschaft für sein polnisches Volk eintritt, als „Rassisten“ o. ä. bezeichnen. Im übrigen wandte sich schon die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ am 5. 2. 1982 gegen solche demagogischen Vorwürfe (Aufsatz: *Das volle Boot*).

Auf katholischer Seite wächst der Widerstand gegen die Ausländerpolitik der Bischöfe. In der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 26. 8. 1982 heißt es:

„Das öffentliche Eintreten der katholischen Oberhirten für die Ausländer in der Bundesrepublik scheidet nun auch unter Katholiken die Geister. Besonders der Ausländerreferent der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Wittler aus Osnabrück, hat sich wiederholt in Briefen an den Bundeskanzler und an Ministerpräsidenten sowie in Beiträgen für Zeitungen auf die Seite der Ausländer gestellt. Wie aus dem Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz in Bonn zu erfahren ist, gehen dort nach jeder öffentlichen Stellungnahme der Katholischen Kirche viele Briefe ein, die zum größten Teil heftig den Bischöfen widersprechen.“

Diese Integrationspolitik wurde nun auch auf die 107 kambodschanischen Kinder angewendet, die das Deutsche Rote Kreuz am 29. 8. 1979 aus thailändischen Lagern nach Stuttgart-Echterdingen eingeflogen hatte. Diese Kinder, die „so ganz anders“ sind und die Worte „mein“ und „dein“ nicht kennen — „fühlen und denken sie doch ganz anders als deutsche Kinder“ — und die einem „Kulturschock“ durch die Verbringung in die Bundesrepublik ausgesetzt wurden, wurden nun nicht wenigstens in einem Kinderdorf o. ä. zusammen untergebracht, damit sie ihre kambodschanische Identität behalten können, wie z. B. der Bremer Sozialpädagoge, Professor Blandow, forderte, sondern auf Weisung des Roten Kreuzes in deutsche Pflegefamilien vermittelt (s. „Stuttgarter Nachrichten“ vom 30. 8. 1979, 3. 3. 1980 und 28. 8. 1980). Diese Kinder, von denen bei der Ankunft in Stuttgart schätzungsweise nur 20 Prozent Vollwaisen waren (!), werden durch die Unterbringung in deutschen Pflegefamilien ganz zwangsläufig in der deutschen Sprache erzogen und so ihrer Muttersprache beraubt und damit seelisch schwer geschädigt und entwurzelt! Man hat bei dem Einfliegen der Kinder nicht berücksichtigt, ob Eltern und Verwandte dieser Kinder doch noch leben und nun verzweifelt nach ihnen suchen!

Doch nun kommt jener Tatbestand ins Spiel, auf den schon anfangs hingewiesen wurde, der aber besonders zu beachten ist:

Die Vertreter der Integrationspolitik wissen anscheinend nicht, daß in dem § 220 a — Völkermord — des Strafgesetzbuches z. B. die schwere seelische Schädigung der Angehörigen fremder Volksgruppen unter Strafe gestellt ist, daß sie sich also mit ihrer Integrationspolitik strafbar machen.

Der § 220 a hat folgenden Wortlaut, der fast wörtlich aus der Völkermord-Konvention vom 9. 12. 1948 übernommen worden ist:

(1) Wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören,

- 1. Mitglieder der Gruppe tötet,*
- 2. Mitgliedern der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 224 bezeichneten Art, zufügt,*
- 3. die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, deren körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,*
- 4. Maßregeln verhängt, die Geburten innerhalb der Gruppe verhindern sollen,*
- 5. Kinder der Gruppe in eine andere Gruppe gewaltsam überführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.*

(2) In minder schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 bis 5 ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren.

Wer also in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe (die in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Ausländergruppen) als solche ganz oder teilweise zu zerstören (jede Integrationspolitik zerstört eine solche Gruppe, da sie ja das Aufgehen der Gruppe in einem fremden Volkskörper zum Ziele hat bzw. einen „Einheitsmenschenbrei“ anstrebt), Mitgliedern der Gruppe schwere . . . seelische Schäden . . . zufügt (die „integrationsgeschädigten“ Kinder — s. o. — sind seelisch schwer geschädigt, da sie durch die Integrationspolitik entwurzelt wurden und nicht mehr wissen, wohin sie gehören, wo ihre Heimat ist!), wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.

Die Straftatbestände des § 220 a — Völkermord — des Strafgesetzbuches unterliegen keiner Verjährung (international gültiges Recht), sie können also auch noch nach 30 und mehr Jahren verfolgt werden, auch wenn heute bisher noch von keiner Staatsanwaltschaft Anklage erhoben wurde. Im übrigen ist Beihilfe und Anstiftung zu den Tatbeständen des § 220 a ebenfalls strafbar; auch der Versuch ist hier strafbar, da es sich um ein Verbrechen handelt!

Jede Integrationspolitik verstößt also gegen die Straftatbestände des § 220 a — Völkermord — des Strafgesetzbuches und ist damit Völkermord!

Mit Recht wehren sich die einzelnen ausländischen Volksgruppen gegen eine solche Völkerzersetzungs politik; sie wollen ihre Kinder ihrem Volk erhalten; es meldet sich bei ihnen die Volksseele, die nur die Erhaltung des eigenen Volkes will (auf diese seelischen Probleme

bin ich in meinem gedruckt vorliegenden Vortrag „Die Ausländerfrage — Volksseele und Integrationspolitik“ näher eingegangen*); sie wollen nicht „germanisiert“ werden (eine „Germanisierung“ ist auf Grund der Naturgesetze — s. o. — unmöglich; letztlich meinen die Ausländer mit dem Begriff „Germanisierung“ nichts anderes als die seelische Entwurzelung durch die alles gleichmachende Integrationspolitik).

Alle diejenigen, die in der Bundesrepublik Deutschland eine Integrationspolitik („Germanisierung“) befürworten bzw. betreiben, müssen also damit rechnen, daß ihnen eines Tages diese „Germanisierungs“- bzw. Integrationspolitik zum Vorwurf gemacht wird und sie dafür dann zur Verantwortung gezogen werden, und zwar auf Grund eines bestehenden Gesetzes**).

Weiter ist folgendes noch zu bemerken:

Alle Gesetze, die eine Einbürgerung von Angehörigen fremder Völker erlauben oder die zum Beispiel wie in Frankreich festlegen, daß

*) zu beziehen durch die Versandbuchhandlung von Bebenburg, 8121 Pähl.

**) Der Vorwurf einer „Germanisierung“ wurde nach dem 2. Weltkrieg schon einmal gegen Deutsche erhoben, und zwar damals völlig zu Unrecht. So steht z. B. in der Urteilsbegründung des vom Internationalen Militärtribunal in Nürnberg im sogenannten Hauptkriegsverbrecherprozeß zum Tode verurteilten Reichsinnenministers Wilhelm Frick (die Urteile wurden am 30. 9. und 1. 10. 1946 verkündet):

„Er trägt die Verantwortung für die Germanisierung in Österreich, dem Sudetenland, Memel, Danzig, den Ostgebieten (Westpreußen und Posen) sowie Eupen-Malmedy und Moresnet. Den Bürgern dieser Gebiete zwang er deutsches Recht, deutsche Gerichte, deutsche Erziehung, deutsche Polizei und Militärdienstpflicht auf.“ („Das Urteil von Nürnberg“, Nymphenb. Verlagshandlung München, 1946, S. 142)

Diese „Germanisierung“ war in diesem Falle nichts anderes als die Wiederherstellung der Reichshoheit über die im Versailler Friedensvertrag vom 28. 6. 1919 entgegen dem Selbstbestimmungsrecht der Völker dem Deutschen Reich geraubten Gebiete und in bezug auf Österreich und das Sudetenland der von dieser deutschen Bevölkerungsgruppe schon am 12. 11. 1918 geforderte Anschluß an das Deutsche Reich, den die Alliierten verboten hatten!

Mit dieser o. a. Begründung zeigten die Feindmächte des 2. Weltkrieges, die das Sieger-Tribunal in Nürnberg stellten und deren Truppen rund 38 Jahre nach Kriegsende unter der Bezeichnung „Stationierungstreitkräfte“ in Deutschland stehen, daß sie unter „Germanisierung“ die Durchsetzung des von ihnen selbst so befürworteten Selbstbestimmungsrechtes der Völker verstanden!

Damals (1945/46) wurde der Vorwurf der „Germanisierung“ zu Unrecht erhoben, heute dagegen kann er gegen die Integrationspolitiker zu Recht erhoben werden!

der Geburtsort für die Staatsangehörigkeit maßgebend ist (und Staatsangehörigkeit wird dann mehr oder weniger mit dem Begriff Volksangehörigkeit gleichgesetzt), stehen im Gegensatz zu den in der Natur geltenden Gesetzen der Arterhaltung. Die Natur will kein Einheitstier und keine Einheitspflanze und auch keinen Einheitsmenschen, sonst gäbe es ja auch nicht die Vielfalt und Mannigfaltigkeit der verschiedenen Arten und Rassen.

Das Nichtbeachten der Naturgesetze wirkt sich aber in jedem Falle zum Schaden des Einzelmenschen bzw. ganzer Völker aus.

Die Schweizer Bevölkerung scheint die dem eigenen Volk durch eine Überfremdung drohende Gefahr erkannt zu haben, denn sie lehnte mit 83,8 v. H. aller abgegebenen Stimmen in einem Volksentscheid am 5. 4. 1981 die „Mitenand-Initiative für eine neue Ausländerpolitik“ ab, in der der Familiennachzug und weitere Vergünstigungen für die in der Schweiz beschäftigten ausländischen Saisonarbeiter gefordert worden waren. Diese müssen jeweils nach 9 Monaten wieder heimfahren. Am 6. 6. 1982 wurde erneut ein solcher Gesetzentwurf abgelehnt.

Seelisch geschädigte und entwurzelte Menschen geraten außerdem leicht auf die kriminelle Bahn, da die Verbindung zur Heimat fehlt, die dem Menschen Geborgenheit bietet. Dies zeigt sich auch in der Tatsache, daß der Anteil der Ausländer an den Straftaten in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend hoch ist. Nach der Bundeskriminalstatistik für das Jahr 1981 betrug der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen 16 Prozent aller ermittelten Tatverdächtigen — der Anteil der Nichtdeutschen an der Wohnbevölkerung dagegen nur 7,4 Prozent. Bei den schweren Straftaten (Mord, Totschlag, Vergewaltigung, Raub, schwere und gefährliche Körperverletzung) ist der Anteil der Nichtdeutschen bisher im Durchschnitt drei- bis viermal so hoch als ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung.

Die höhere Kriminalitätsbelastung bei den Ausländern ist hauptsächlich auf die Entwurzelung dieser Menschen bzw. das Sich-nicht-zurechtfinden in einem völlig anderen Kulturkreis zurückzuführen.

Die Integration der Ausländer führt früher oder später zur Vermischung mit der einheimischen Bevölkerung. Diese so entstehenden Mischlinge sind ebenfalls Entwurzelte — sie wissen nicht, wohin sie gehören, wo ihre Heimat ist. Das von den beiden Elternteilen stammende jeweilige Erbe liegt nebeneinander im Unterbewußtsein, erzeugt

gegensätzliche Gemütsbewegungen und läßt den Menschen innerlich nicht zur Ruhe kommen; Vermischungen schaffen somit zwiespältige bzw. vielspältige Persönlichkeiten (zwei Seelen bzw. mehrere Seelen sind in ihrer Brust).

Daher weisen Mischlinge häufig kriminelle Eigenschaften auf (z. B. Charakterlosigkeit, Hemmungslosigkeit, Willensschwäche), worauf ja bereits vor mehr als 50 Jahren der Präsident der Paneuropa-Union, Graf Coudenhove-Kalergi, in seinem Buch „Praktischer Idealismus“, Seite 20/21, hinwies.

Was aber tritt ein, wenn sich größere ausländische Volksteile nicht integrieren lassen, das heißt: ihre Eigenart behalten wollen (z. B. die Türken, die deshalb ihre Kinder in die „Koranschule“ schicken)?

Hier zeigen die vielen Beispiele in der Geschichte, daß es überall dort, wo sich volkliche Minderheiten in einem fremden Volkskörper oder Staat befanden und befinden, zu Rassen- und Volkstumskämpfen kam und nach wie vor kommt (z. B. die Volkstumskämpfe in Zypern, Nordirland, auf dem Balkan, die baskische Autonomiebewegung, die großen Rassenauseinandersetzungen in den USA und England usw.). In der BR Deutschland hat es bereits schon mehrfach solche Rassen- und Volkstumskämpfe gegeben, letztlich auch eine Folge der Integrationspolitik! Soll die Bundesrepublik Deutschland zum Schluß an Sozial- und Rassenspannungen zugrunde gehen?

In dem Aufsatz „Werden wir ein Vielvölkerstaat?“ in der Zeitung „Die Welt“ vom 2. 1. 1980 wird auf die völlig wirklichkeitsfremden Ansichten mancher Politiker mit folgenden Worten hingewiesen:

„Ist Integration nicht auch denkbar unter Beibehaltung der sprachlichen und kulturellen Herkunft?“, fragte der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi vor wenigen Wochen in der ‚Zeit‘. Und schlug auch gleich den Bogen zu einer bizarren Vision: „In ganz Europa fordern regionale und ethnische Minderheiten stärkeren Schutz durch Dezentralisierung, durch Regionalisierung, durch Anerkennung ihrer sprachlichen und kulturellen Identität.“

Also Import der baskischen, der bretonischen, der korsischen Konflikte in die Bundesrepublik? Die Konsequenz könnte dann nur sein, daß in einem halben Jahrhundert Städte und ganze Landstriche in die Autonomie entlassen werden — mit eigener Sprache und Kultur, mit eigenen Gesetzen und einer stetig schrumpfenden deutschen Minderheit.

Was sich hier mitten im Frieden und in einer Zeit wirtschaftlicher Prosperität vollzieht, was mit Bierruhe diskutiert und von den Politikern verharmlost wird, das ist ein Ausverkauf der Nationalität . . .“

Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl sagte in seiner Regierungserklärung vom 13. 10. 1982:

„Die Integration der bei uns lebenden Ausländer ist ein wichtiges Ziel unserer Ausländerpolitik. Integration bedeutet nicht Verlust der eigenen Identität, sondern ein möglichst spannungsfreies Zusammenleben von Ausländern und Deutschen ...“

Integration (= Entwurzelung) hat immer den Verlust der eigenen Identität (Eigenart) zur Folge!

Es sei daran erinnert, daß sich eine Minderheit von Türken in Zypern mit Waffengewalt und mit Unterstützung des türkischen Staates vor wenigen Jahren die Unabhängigkeit erkämpft hat! Und am 9. 12. 1979 übernahm ein Stoßtrupp fanatischer Moslems die Macht in der „Hagia-Sofia-Moschee“ in Berlin (!) und erklärte den Gläubigen, daß sie „wie Khomeini Revolution machen wollten“, daß die christlichen Länder Angst haben und daß in der Moschee Politik*) gemacht werden müßte. Und das „Islamische Kulturzentrum Köln e.V.“ (IKZ) beantragte seine Anerkennung als „öffentlich-rechtliche Körperschaft“. Über die Ziele dieses IKZ schreibt die „Berliner Stimme“ vom 19. 1. 1980:

„Die offizielle Haltung des IKZ bekennt sich zu einer Art Derwischorden, dem Süleymanismus. Hier gelten Glaube und Gebet als einzig wahre Andachtsordnung und als einzig wahre Quelle der Koran, dem sich die Menschen in all ihren Handlungen zu unterwerfen haben, außer dem keine andere Norm und Gesetzgebung anerkannt wird und nach dessen Bestimmungen Staatsregierung, Gerichtsbarkeit und staatliche Institutionen zu verfahren haben. Lateinische Buchstaben und westliche Hüte sollen abgeschafft werden, Frauen dürfen nichts anderes lesen als den Koran.“

Wie weit wollen die westdeutschen Politiker noch gehen mit ihrem „Liberalismus“ und ihrer „Duldsamkeit“ gegenüber solchen unseren Staat letztlich zerstörenden Bestrebungen?

Die oben angeführte sozialdemokratische Ansicht ist nicht verwunderlich, denn in der vergangenen Zeit hat die Sozialdemokratie ja gezeigt, daß für sie nicht die Erhaltung der einzelnen Völker das Ziel ist, sondern der Satz gilt, den der Hochgradfreimaurer und Verfechter einer eurasisch-negroiden Zukunftsrasse, Graf Coudenhove-Kalergi, aussprach:

„Das offizielle Außenprogramm der Sozialdemokratie hat die Errichtung der sozialdemokratischen Weltrepublik zum Endziel.“ („Paneuropa“, S. 146).

*) siehe meine Schrift „Religion und Politik“.

Was hier im Hinblick auf die Erhaltung der ausländischen Arbeiter und ihrer Familien gesagt wurde, gilt sinngemäß auch für die zu Zehntausenden in die Bundesrepublik Deutschland strömenden Asylanten, die die deutschen Behörden hinsichtlich Unterbringung und Arbeitsbeschaffung in große Schwierigkeiten bringen.

Die Illustrierte „Quick“, Nr. 50, 6. 12. 1979, berichtet z. B., daß von Schlepperorganisationen Ausländer aus Asien über den Balkan nach Italien geschickt und von dort aus illegal über die österreichische und dann die deutsche Grenze in die Bundesrepublik eingeschleust werden. In der Bundesrepublik stellen sie dann vorbereitete Anträge auf Gewährung von Asyl!

In der „Quick“ vom 13. 3. 1980 ist in dem Aufsatz *„Ausländer stürmen nach Deutschland“* über die Asylantenflut zu lesen:

„Daß der einst so edle Gedanke“ (Asyl einem politisch Verfolgten zu gewähren) „längst von Scheinasylanten sinnentleert wurde, weiß zwar jeder unserer Politiker, aber keiner gibt es zu.“

Dabei weiß jeder von ihnen, daß viele Asylanten nur wegen unseres Wohlstands kommen. Daß sie nicht nur vor politischer Unterdrückung nicht geflohen sind, daß sie sogar die politischen Probleme ihrer Heimat mitbringen zu uns. Da prügeln sich rechte Türken mit linken Türken in Berlin; persische Asylanten fürchten Verschleppung durch Khomeini-treue Geheimagenten; Kroaten schießen aufeinander in Frankfurt und Köln; Palästinenser treten offen mit antisemitischer Propaganda auf und verletzen so das Grundgesetz ihres Gastlandes Bundesrepublik Deutschland . . .

Sie reisen an aus dem Libanon und aus Marokko, aus Ghana, Bangladesch und Sri Lanka (Ceylon); Jordanier stellen ebenso Anträge wie Chilenen; Palästinenser bitten nicht um Asyl, sondern fordern es (von Drohungen der PLO-Terroristen unterstützt). Und die Zahl der Flüchtlinge, die sich aus dem jüngst von der Sowjetunion überrollten Afghanistan in die Bundesrepublik retten wollen, wird gleichfalls steigen — mehr als 1300 sind bereits da.

Wie aber sollen die Prüfer in den Zirndorfer Ausschüssen, die über das endgültige Asyl entscheiden, die politischen von den Wirtschaftsasylanten trennen? . . .

Oft werden die Scheinasylanten noch von skrupellosen deutschen Anwälten beraten . . . Ein Zirndorfer Erfahrungswert: ‚Dreißig Prozent der Asylbewerber erscheinen gar nicht erst zum Vorprüfungstermin. Die tauchen gleich unter.‘

Konsequenz: In der Bundesrepublik leben schon heute rund eine halbe Million illegaler Einwanderer . . .“

Trotz der Unmöglichkeit, Scheinasylanten in allen Fällen einwandfrei von wirklichen Asylanten (tatsächlich politisch Verfolgten) zu

unterscheiden, und der dadurch für das deutsche Volk entstehenden schweren Belastung vertrat der bisherige Bundesinnenminister Baum folgende Ansicht:

„Diese Scheinasylanten bilden das eigentliche Problem. Dieses Problem darf aber nicht dadurch gelöst werden, daß das Asylgrundrecht eingeschränkt und damit rechtsstaatliche Substanz aufgegeben wird. Das Grundrecht auf Asyl muß erhalten bleiben . . .“ („Quick“, Nr. 12, 13. 3. 1980).

Hier ist die Frage zu stellen: Was ist wichtiger, die Beibehaltung eines Grundrechtes oder Gesetzes, das sich zum schweren Schaden des eigenen Volkes auswirkt, ja letztlich zu dessen Untergang führen bzw. beitragen kann, oder das Wohl und Leben des eigenen Volkes?

Für die Politiker aller anderen Staaten und Völker der Erde wäre dies keine Frage, aber bei uns ist anscheinend ein einmal in Kraft getretenes Grundrecht bzw. Gesetz (das andere Staaten in dieser Form gar nicht haben) wichtiger als das Wohl und Wehe des eigenen Volkes!

Unser derzeitiges Asylrecht begünstigt auch nicht asylberechtigte Ausländer. Nach den „*Stuttgarter Nachrichten*“ vom 1. 6. 1981 besteht nach einem Grundsatzbeschuß des 17. Senats des Oberverwaltungsgerichts (OVG) des Landes Nordrhein-Westfalen in Münster (Aktenzeichen 17 B 766/81) für eine Abschiebung der zahlreichen nicht asylberechtigten Ausländer keine Rechtshandhabe mehr. Das OVG machte dafür

„das Zögern des Gesetzgebers, zu neuen Vorschriften zu kommen, und den jüngsten einschlägigen Spruch des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe verantwortlich. Demzufolge dürfen die Ausländer nach rechtskräftiger Ablehnung eines Asylgesuchs beliebig oft neue Anträge stellen und jedes neue Gesuch durch das mehrjährige Instanzverfahren verfolgen. Unterdessen dürfen sie nicht ausgewiesen werden und können theoretisch ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik bis an ihr Lebensende verlängern.“

Die damit verbundenen Folgen sieht der OVG-Senat Münster als ‚nicht tragbar‘ an. Aus der ‚Klarstellung der Rechtslage‘ durch das Bundesverfassungsgericht ergebe sich für ‚Wirtschaftsflüchtlinge‘ aus der Dritten Welt ein Anreiz, in die Bundesrepublik einzureisen und ‚das Grundrecht auf Asylgewährung in einer vom deutschen Verfassungsgeber nicht gewollten Weise auszunutzen‘ . . .“

Laut dieser Pressemeldung lassen sich nach Ansicht des OVG Münster die negativen Auswirkungen nur dadurch vermeiden, daß der Gesetzgeber alsbald von seiner Möglichkeit Gebrauch macht, bei aus-

sichtslosen Asylanträgen die Ausländerbehörden zu ermächtigen, die Antragsteller nach Ablehnung ihrer Gesuche abzuschieben.

Es ist also höchste Zeit, daß auf dem Wege der Gesetzgebung nun endlich durchgreifende Maßnahmen beschlossen werden.

Im übrigen ist es eigenartig, daß die verantwortlichen Politiker bisher nicht folgende Lösung der Asylfrage aufgegriffen haben, die sich hier anbietet, gleichgültig, ob es sich um wirklich politisch Verfolgte aus Asien und Afrika oder um sogenannte Scheinasylanten handelt:

Man greife den Vorschlag des Gründers der SOS-Kinderdörfer, Hermann Gmeiner, auf und pachte oder kaufe Land in Asien und in Afrika bei den sogenannten armen Staaten — mit Geld läßt sich bekanntlich viel erreichen —, errichte dort moderne Barackenunterkünfte mit den entsprechenden sanitären Anlagen, was heutzutage sehr schnell möglich ist, und bringe die Asylanten und Flüchtlinge dort in ihrem jeweiligen Kulturkreis unter! Damit werden diese Menschen durch die gemeinsame Unterbringung (jede Volksgruppe in einem besonderen Bereich) ihren Völkern erhalten, denn sie können niemals Deutsche werden, da die Vererbungsgesetze, wie schon erwähnt, es nicht zulassen.

Zur finanziellen Seite dieses Vorschlages von Herm. Gmeiner ist zu sagen, daß die Millionenbeträge, die für die Asylanten und die südostasiatischen Flüchtlinge ausgegeben werden müssen (in Baden-Württemberg allein nach den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 20. 12. 1979 weit über 20 Millionen DM für die Asylanten im Jahr 1980 und für die südostasiatischen Flüchtlinge mehr als 120 Millionen DM), letztlich nicht einmal voll zur Verwirklichung dieses Vorschlags gebraucht würden, da die Lebenshaltungskosten in Asien und Afrika erheblich geringer als bei uns sind, alle Umschulungen, Sprachkurse usw. wegfallen würden und die Flüchtlinge nach kurzer Zeit durch eigene Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen könnten. Deutsche Entwicklungshelfer könnten hierbei zusätzlich eingesetzt werden. Mit dieser Lösung würden auch die Belange der einheimischen Bevölkerung berücksichtigt, deren überaus enger Lebensraum keinen Zuzug von Zehntausenden von Fremden mehr zuläßt, da damit nur Sozial- und Rassenspannungen wie in den USA erzeugt werden. Außerdem müssen wir ja deutsche Flüchtlinge aus dem Ostraum aufnehmen und können diese nicht benachteiligen.

Im übrigen entspricht eine Integrationspolitik in ihrem Endergebnis

genau der faschistischen Politik Italiens, die eine Sprachenunterdrückung bei den deutschen und ladinischen Bewohnern von Deutsch-Südtirol durchführte, um diesen ihre Muttersprache zu nehmen und sie so seelisch zu entwurzeln und ihres Volkstums zu berauben. Und nach dem Ende des faschistischen Systems im Frühjahr 1945 hat sich die „Integrationspolitik“ der italienischen Regierung gegenüber den Deutsch-Südtirolern und den Ladinern auch nicht viel geändert; man schleuste Zehntausende von Südtalienern nach Südtirol, und Anfang der sechziger Jahre erzählte mir ein Südtiroler den bezeichnenden Ausspruch eines italienischen Gendarmen, der sinngemäß lautet: *„Man muß den Südtiroler Mädchen ein Kind machen, damit sich das Blut angleicht.“* Nun, diese „Angleichung“ des „Blutes“ bedeutet eben Vermischung mit allen negativen Folgen für die so entstehenden Mischlinge und damit Völkerzersetzung oder Völkermord!

Auf einen anderen Punkt muß hier noch kurz eingegangen werden, und zwar auf die Lage und die Belange der deutschen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland, der ja dieses Land gehört.

In den *„Stuttgarter Nachrichten“* vom 22. 2. 1980 malt der Mitarbeiter dieser Zeitung, Hartmut Deppe, in dem Aufsatz *„Ausländer-Probleme eine Bombe“* ein düsteres Bild der Zukunft Stuttgarts mit folgenden Worten:

„Noch ist scheinbar alles in Ordnung: Die 94 000 ausländischen Stuttgarter gehen nicht auf die Barrikaden, sondern nach wie vor fleissig zur Arbeit. Die Kriminalitätsrate der jugendlichen Ausländer ist zwar besorgniserregend, aber noch nicht bedrohlich. Aber die Bombe tickt ...“

„Stuttgart wird Ausländer-Gettos haben, in die sich nachts kein Deutscher ohne Polizeischutz wagen kann. Oder vielleicht gibt es auch gewalttätige Aufstände ... Ist das zu schwarz gemalt? Hoffentlich ...“

Der Oberbürgermeister der Stadt Stuttgart, Manfred Rommel, sagte auf die Frage nach einer Ausländerfeindlichkeit im Zusammenhang mit den Asylanten:

„Mit der deutschen Bevölkerung gibt es da ersten Konfliktstoff. Eine neue Ausländerfeindlichkeit kommt auf. In absehbarer Zeit wird sich die Stadt Stuttgart jedenfalls weigern, ich sage das ganz offen, in großem Umfang Turnhallen oder Schulen für Asylanten zu räumen, wie dies woanders verstärkt geschieht. Ich nehme das alles nicht als ein gottgewolltes Schicksal hin, daß man auf staatlicher Ebene untätig bleibt und die brave Fronttruppe, die Kommune, ausbaden soll, was oben alles verbrochen wird. Nein. Es wird bald ein unglaubliches Spektakel geben. Da können Sie sicher sein.“ (*„Stuttgarter Nachrichten“* vom 16. 2. 1980).

Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit kommt nur daher, weil die deutsche Bevölkerung durch das massenhafte Einströmen von Ausländern, die das „liberale“ Asylrecht dazu benützen, um ungehindert (selbst mit gefälschten Pässen — siehe *„Stuttgarter Nachrichten“* vom 13. 12. 1979 und 5. 2. 1980) in die Bundesrepublik Deutschland einströmen und dort gegebenenfalls auch ohne Arbeit die Sozialleistungen dieses Staates genießen zu können, in ihrem Lebensraum und in der eigenen Entfaltungsmöglichkeit immer mehr eingeengt wird.

Bevor sich die Ausländerfeindlichkeit noch mehr verstärkt und gegebenenfalls in Tötlichkeiten, also Rassenkämpfen, übel bemerkbar macht, sollte man die Ursache dieser Ausländerfeindlichkeit beseitigen, d. h. der Anteil der Ausländer in unserem Land muß Schritt für Schritt verringert werden. Auf andere Weise kann man eine Ausländerfeindlichkeit nicht beseitigen, denn jedes Volk lehnt eine Überfremdung seines Landes durch Zuwanderung und Verbleib von Ausländern mit Recht ab. Jedes Volk hat bekanntlich das Recht, sich in seinem Lande frei zu entfalten, und braucht sich seinen Lebensraum nicht durch Fremde einengen zu lassen.

Vorfälle, wie die Aufschrift *„Deutschen raus“* in einer deutschen kleinen Stadt, vermutlich von einem Türken stammend, und der Versuch von Türken in Berlin, *„aus Mietshäusern, die sie erwarben, die verbliebenen deutschen Mieter hinauszuklagen“*, um auf diese Weise rein türkische Wohnbezirke entstehen zu lassen, verstärken die sogenannte Ausländerfeindlichkeit. *„So führt jene Aufschrift . . . vor Augen, welche schwere Konflikte eine falsche Ausländerpolitik, die in der Sache eine Einwanderungspolitik war, nach sich zieht.“* (*„Frankfurter Allgemeine Zeitung“* vom 7. 8. 1982)

„Leider sind fast alle Historiker, Wirtschaftspolitiker, Soziologen usw. biologisch hoffnungslos ungebildet und kommen . . . nie recht an den Kern der Sache heran“, bedauerte schon vor 50 Jahren der bedeutende Vererbungsforscher Erwin Baur und legte dar:

„Träger einer bestimmten Kultur ist immer ein ganz bestimmtes Volkstum gewesen, und dem Untergang der Kultur ist bisher immer ein Untergang, ein fast völliges Verschwinden des Volkstums vorhergegangen, das diese Kultur geschaffen und getragen hatte . . .

Durch Erziehung, durch Dressur, durch die Art der Lebensweise kann man zwar ein einzelnes Individuum verändern, aber nicht seine erbliche Veranlagung, sie wird weder besser noch schlechter . . .

Es ist aber ganz sicher, nicht etwa immer gerade ein ganz bestimmtes Ras-

senelement, das ein Volk dazu befähigt, eine höhere Kultur hervorzubringen, wir können jedoch trotzdem sagen, daß z. B. . . . ein Volk wie die alten Griechen niemals genau die gleiche Kultur wie die alten Ägypter, sondern eben nur seine ganz spezifische eigene Art der Kultur hervorbringen konnte. Daraus ergibt sich ohne weiteres, daß, wenn ein Kulturvolk sich im Laufe der Zeit in seiner rassenmäßigen Zusammensetzung ändert, sich auch die Form und Höhe seiner Kultur dementsprechend ändern muß, und daß, wenn ein Kulturvolk sich rassenmäßig stark verschlechtert, seine Kultur zusammenbrechen muß.

Wenn unsere Frauen eines Tages nicht mehr gebären wollten, wenn sie es bequemer fänden, daß wir kleine Säuglinge aus China importierten, und wir diese Adoptivkinder dann in unserer Sprache und unserer Kultur wie unsere eigenen Kinder erziehen würden, dann würde so ein Volk entstehen, das unsere Sprache spricht, das alle unsere geschichtlichen und kulturellen Überlieferungen, alle unsere Kenntnisse hätte, aber es wäre ein völlig anderes Volk und wäre nicht imstande, unsere Kultur zu behaupten, und erst recht nicht, weiter zu entwickeln. Es würde im Laufe von wenigen Jahrzehnten die ihm entsprechende Kulturstufe und Kulturart bekommen.“ (Vortrag 1932 an der Universität Uppsala)

Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Edward O. Wilson (Soziobiologe) und Charles J. Lumsden (Physiker) von der Harvard Universität in ihrem jetzt erschienenen Buch „Genes, Mind and Culture“, und der Sprachforscher Noam Chomsky nimmt an, daß Eigentümlichkeiten von Sprachen — als Kulturschöpfungen — wie etwa die Grammatik durch Erbanlagen geprägt seien.

Obwohl diese Tatsachen jedem Politiker klar sein müssen — sonst zeigt er, daß er nicht das nötige Wissen für seine Tätigkeit besitzt und daher ungeeignet für sein politisches Amt ist —, sieht ein Integrationsprogramm der Bundesregierung für ausländische Kinder und Jugendliche vor, „daß der zweiten Ausländergeneration die Einbürgerung erleichtert wird und daß ausländische Jugendliche grundsätzlich einen Rechtsanspruch auf die Arbeitserlaubnis erhalten sollen.“ („Stuttgarter Nachrichten“ vom 20. 3. 1980)

Nach diesem Pressebericht soll für die Einbürgerung

„künftig gelten, daß ein 18 Jahre alt gewordener Ausländer auf Antrag einzubürgern ist, wenn er seit seinem zwölften Lebensjahr dauernd und zuvor mindestens zwei — nicht unbedingt zusammenhängende — Jahre hier lebte, seine bisherige Staatsbürgerschaft aufgibt oder verliert und die Einbürgerung vor Vollendung des 21. Lebensjahres beantragt. Bessere Bedingungen sollen auch für straffällig gewordene ausländische Jugendliche gelten.“ (In anderen Staaten werden straffällig gewordene Ausländer abgeschoben!)

„Zur leichteren Einbürgerung der ersten Ausländergeneration wird in den

Leitlinien erwogen, jedoch nicht vorgeschlagen, die Dauer des dazu notwendigen Aufenthalts von bisher zehn auf sechs Jahre herabzusetzen.“

Diese grundgesetzwidrige und, wie erwähnt, strafbare Integrationspolitik mit der zwangsweisen Entwurzelung der Ausländer und insbesondere der Ausländerkinder zeigt auch bereits ihre negativen Seiten. Nach dem „*Polizeispiegel*“, 9/1982, S. 198, sind die männlichen ausländischen Jugendlichen und Heranwachsenden bei der schweren Gewaltkriminalität um ein Vielfaches stärker vertreten als die gleichaltrigen Deutschen. Nach den „*Stuttgarter Nachrichten*“ vom 20. 3. 1980 sind die Hauptkunden in den kleinen Spielhöhlen jugendliche, arbeitslose Ausländer.

„Auch die Kriminalitätsrate Jugendlicher ... steigt auffällig. Die meisten Täter sind Ausländerkinder. Auch von der Drogenszene weiß man, daß der Ausländeranteil ... vor allem unter den Dealern rapide wächst. — In der Bundesrepublik tickt eine soziale Zeitbombe, seit die zweite Ausländergeneration heranwächst.“

Da die Ausländerkinder erhebliche Schulschwierigkeiten haben und 75 Prozent ohne Hauptschulabschluß bleiben (man versucht das Versagen damit zu erklären, daß es an geeigneten Lehrkräften hapert, und denkt nicht daran, daß die Erlernung der deutschen Sprache für viele Ausländerkinder auch zu schwierig ist bzw. sein kann*), kommt der Pressebericht zu folgender Feststellung:

„Nach der Schule beginnt nämlich der zweite Teufelskreis: Da die Anforderungen der Lehrherren immer höher geschraubt werden, haben Ausländerkinder gegenüber deutschen Haupt-, Mittel- und Oberschülern immer weniger Chancen, eine ‚normale‘ Berufsausbildung zu bekommen. Sie werden Hilfsarbeiter — oder arbeitslos. Es erscheint deshalb mehr als sinnvoll, daß Landesarbeitsämter vor Ort, so wie es in diesem Bundesland jetzt begonnen wird, spezielle Programme für ausländische Jugendliche entwickeln.“

Nur, das kostet Geld. Und an diesem Punkt liegt der Konflikt zwischen Bund und Ländern begraben. Bonn hat es leicht, große Worte zu machen, denn die Kosten tragen vor allem die Länder mit etwa 75 Prozent. Der Bund plant, bis 1983 nur 175 Millionen Mark mehr zu investieren. Man muß sich

*) Auf die Unmöglichkeit, alle Begriffe und Worte einer Sprache in Worte mit gleichem Gehalt einer anderen Sprache zu übersetzen, wenn in der anderen Sprache die entsprechenden Begriffe dafür fehlen, bin ich in der Schrift „Die Ausländerfrage — Volksseele und Integrationspolitik“ näher eingegangen.

angesichts dieses Ungleichgewichts fragen, was die schönen Programme wert sind, wenn man beim Geld geizig ist. Da hilft es auch wenig, wenn man sich vor zwei Jahren einen Bundes-Ausländerbeauftragten zulegte. Soziale Ghettos — und in die Steuern wir voll hinein (siehe Türken-Probleme in Berlin) — bergen soziale Risiken für uns alle.“

Doch der Einsatz von noch mehr Geldmitteln wird auch daran letztlich nichts ändern, da die ganze Ausländerpolitik den Naturgesetzen widerspricht. Und die Naturgesetze sind stärker als alles menschliche Wollen!

Für die einzig richtige und menschliche, ja sogar auch in finanzieller Hinsicht vorteilhafteste Lösung der Ausländerfrage, nämlich die Ausländer langsam in ihre Heimat zurückzuführen (gegebenenfalls mit Rückkehrhilfen) und somit die „sozialen Ghettos“ und „sozialen Risiken“ auf diese einfache Art und Weise zu entfernen, scheint sich kein Politiker der Regierung einsetzen zu wollen! Warum wohl? Sieht er diese Lösung nicht oder wagt er nicht, sie anzupacken, weil er bzw. seine Partei von internationalen Mächtigkeitsgruppen, die diese Völkervermischungspolitik zur Errichtung einer Weltrepublik brauchen, abhängig sind?

Durch Integrationspolitik kann man nur zerstören und entwurzeln!

In einem Leserbrief an die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (22. 1. 1980) hat der Münchener Professor Dr. Helmut Schröcke kurz und treffend auf die ganze falsche Integrations- und Völkervermischungspolitik mit folgenden Worten hingewiesen:

„Der Begriff ‚Volk‘ läßt sich heute naturwissenschaftlich definieren: ‚Völker sind (kybernetisch und biologisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch weitergegeben werden.‘ Dabei sind auch die nichtkörperlichen Eigenschaften eingeschlossen, die genauso vererbt werden wie die körperlichen (die Milieutheorie ist wissenschaftlich falsch). Der Mensch ist ein Teil der Natur und allen Naturgesetzen unterworfen, auch mit allen Äußerungen seines Geistes. Dies bedeutet: es ist inhuman, Angehörige anderer Völker zum Beispiel aus rein materialistischen Motiven ihren Völkern und ihrer Heimat zu entfremden, und ganz besonders inhuman, Kinder in fremde Umgebung zu verpflanzen“ (siehe die Kamboodschaner Kinder). „Hilfsbedürftigen Völkern sollte daher in ihrer Heimat geholfen werden. Aus Achtung vor anderen Völkern müssen alle Anstrengungen unternommen werden, Verpflanzten die Rückkehr zu ermöglichen und ihre Wiedereingliederung zu fördern . . .“

Alle Adoptiv- und Pflegeeltern, die ausländische Kinder betreuen, müssen sich darüber im klaren sein, daß sie an diesen Kindern eine

schwere Seelenschädigung und damit ein Verbrechen begehen, wenn sie diesen Kindern die deutsche Sprache als „Muttersprache“ beibringen. Sie können diese Kinder nicht zu Deutschen machen, sondern nur zu entwurzelten Menschen, die nicht wissen, wo ihre Heimat ist. Dieser Seelenschaden kann nur dann einigermaßen wiedergutmacht werden, wenn diese ausländischen Kinder Unterricht in ihrer Muttersprache erhalten und auf eine Rückkehr in die Heimat ihres Volkes entsprechend vorbereitet werden, wie es Professor Dr. Schröcke für die „Verpflanzten“ fordert.

Der ganze Gegensatz zwischen der nicht dem Erbgut entsprechenden Sprache eines Menschen und seiner wirklichen Volkszugehörigkeit wird in dem Buch *„Dies ist nicht mein Land — Eine Jüdin verläßt die Bundesrepublik“* (Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1980) sichtbar. Die Verfasserin, Lea Rosenzweig, geb. Fleischmann, Studienrätin an der Geschwister-Scholl-Schule in Frankfurt/Main, im Jahre 1947 in der späteren Bundesrepublik Deutschland geboren und dort aufgewachsen, verließ jetzt die Bundesrepublik Deutschland und ging nach Israel, weil sie bei den Deutschen u. a. auf Eigenschaften stieß, die ganz anders als ihre eigenen und ihr daher zuwider sind. So widert sie z. B. der Sinn der Deutschen für Ordnung und Sauberkeit, ihre Pünktlichkeit, ihre Bereitschaft sich einzuordnen, ihre Disziplin innerhalb der Gemeinschaft an. Die Verfasserin erkennt eben, daß sie, obwohl sie die deutsche Sprache fließend spricht, keine Deutsche ist (*„Ich hatte einen deutschen Paß, aber eine Deutsche war ich nicht“*). Es meldete sich bei ihr in starkem Maße ihr jüdisches Erbgut. Ihr Entschluß, nach Israel zu gehen und dort unter ihren Volksgeschwistern zu leben, entspricht ihrem Bedürfnis, unter Menschen zu leben, die in den Grundzügen ihres seelischen Erbgutes mit ihr übereinstimmen. Mit anderen Worten: Nur innerhalb des eigenen Volkes kann der einzelne seine Identität finden.

Die ganze Integrationspolitik und das damit verbundene Streben zur Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in einen europäischen Bundesstaat — Paneuropa — ist auch verfassungswidrig, denn das Deutsche Reich besteht nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes — Zweiter Senat — vom 31. 7. 1973 — 2 BvF 1/73 — nach wie vor. Die Bundesrepublik Deutschland ist nur ein Teil des Deutschen Reiches!

Dieser Teil des Deutschen Reiches wird bei einer Eingliederung in

einen europäischen Bundesstaat (Paneuropa) aus dem Deutschen Reich herausgelöst! Gleichzeitig verstößt dieses Streben nach einer Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in einen europäischen Bundesstaat (Paneuropa) auch gegen das Wiedervereinigungsgebot, denn eine Wiedervereinigung (der Bundesrepublik Deutschland mit der Deutschen Demokratischen Republik) ist im Falle der Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in einen europäischen (= westeuropäischen) Bundesstaat unmöglich geworden. Im o. a. Urteil steht darüber:

„1. Das Grundgesetz — nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! — geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte, noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält. Das Deutsche Reich existiert fort [BVerfGE 2, 266 (277); 3, 288 (319 f); 5, 85 (126); 6, 309 (336, 363)] besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig). Im Grundgesetz ist auch die Auffassung vom gesamtdeutschen Staatsvolk und von der gesamtdeutschen Staatsgewalt ‚verankert‘ (BVerfGE 2, 266 [277]). Verantwortung für ‚Deutschland als Ganzes‘ tragen — auch — die Vier Mächte (BVerfGE 1, 351 [362 f., 367])...“*

2. ... Dem Vorspruch des Grundgesetzes kommt nicht nur politische Bedeutung zu, er hat auch rechtlichen Gehalt. Die Wiedervereinigung ist ein verfassungsrechtliches Gebot ...“

Aus dem Wiedervereinigungsgebot folgt zunächst: Kein Verfassungsorgan der Bundesrepublik Deutschland darf die Wiederherstellung der staatlichen Einheit als politisches Ziel aufgeben, alle Verfassungsorgane sind verpflichtet, in ihrer Politik auf die Erreichung dieses Zieles hinzuwirken — das schließt die Forderung ein, den Wiedervereinigungsanspruch im Innern wachzuhalten und nach Außen beharrlich zu vertreten — und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde ...“

Die Worte des Urteils des Bundesverfassungsgerichts *„und alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde“* erlauben keine Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in einen europäischen Bundesstaat (Paneuropa) und auch keine Politik, die in diese Richtung zielt.

*) Das Deutsche Reich besteht nach dem Völkerrecht in den Grenzen vom 31. 8. 1939.

Zusammenfassend ist zu sagen:

Die ganze bisherige Ausländer-Integrationspolitik verstößt gegen die Naturgesetze, gegen den in der Natur zum Ausdruck kommenden Willen zur Arterhaltung. Der Mensch kann sich nach den Naturgesetzen richten, er kann aber auch völlig gegen die Naturgesetze handeln, was dann letztlich zu seinem Untergang führt.

Mit Recht werden Rassen- und Volkstumskämpfe abgelehnt, im gleichen Atemzug werden aber durch das Hereinholen von Ausländern bzw. deren Verbleib in der Bundesrepublik Deutschland die Voraussetzungen für Rassen- und Volkstumskämpfe geschaffen — *das ist doch ein Widerspruch!*

Es ist höchste Zeit, die Bestimmungen des EWG-Vertrages vom 25. 3. 1957, die die Freizügigkeit der Arbeitnehmer innerhalb der EWG (jetzt EG = Europäische Gemeinschaft) zum Inhalt haben, abzuschaffen, denn diese Bestimmungen ermöglichen ja erst die ganze Überflutung der Bundesrepublik Deutschland durch Ausländer.

Weiter muß das „liberale“ Ausländerrecht, in dem bisher auf die Belange des eigenen Volkes nicht genügend Rücksicht genommen wurde, und das noch „liberalere“ Asylrecht, das auf dem Wege über das Wort „Asyl“ es Hunderttausenden von sogenannten „Wirtschaftsflüchtlingen“ ermöglicht, sich in der Bundesrepublik Deutschland letztlich auf Kosten des deutschen Volkes zum mindesten zeitweise ein angenehmes Leben zu verschaffen, entsprechend geändert werden (ein wirklich politisch Verfolgter reist nicht in fremde Erdteile und andere Kulturkreise, sondern begibt sich in ein benachbartes Land, nach Möglichkeit zu einem stammverwandten Volk, um seiner Heimat möglichst nahe zu sein!).

Vertragsbestimmungen dürfen niemals, wie es die EWG-Bestimmungen sind, völkerzersetzend und kriminalitätsfördernd sein. Genau das gleiche gilt für alle Gesetze und Verordnungen des Staates, sie müssen, wenn sie sich zum Schaden des Volkes auswirken, entweder aufgehoben oder entsprechend geändert werden.

Das ist die Aufgabe unserer Politiker, denn sie haben die Pflicht, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden!

Kein Staat in der ganzen Welt mutet seiner Bevölkerung eine solche zusätzliche finanzielle Belastung und weitere Einengung des schon sehr beengten Lebensraumes durch den Verbleib von Millionen von Aus-

ländern und die Aufnahme weiterer Zehntausender bzw. Hunderttausender Wirtschaftsflüchtlinge zu! Will man mit allen Mitteln eine Ausländerfeindlichkeit in der deutschen Bevölkerung und Rassen- und Volkstumskämpfe heranzüchten?

Soll die deutsche Bevölkerung durch die geburtenfreudigen Ausländer im eigenen Land an die Wand gedrückt werden?

Sehr richtig schrieb die Illustrierte „Quick“ am 13. 3. 1980 in dem Aufsatz „Ausländer stürmen nach Deutschland“:

„Wir sind, auf dem Umweg über ein gutgemeintes Asylrecht, dabei, ein Vielvölkerstaat nach dem Muster der USA zu werden.“

Ein Vielvölkerstaat nach dem Muster der USA mit allen Folgeerscheinungen (Rassenkämpfe, riesige Asozialen- und Verbrecherviertel und damit Auflösung der Staatsmacht!) ist aber ein Verbrechen an allen Ausländergruppen in der Bundesrepublik Deutschland und am deutschen Volk!

In dem Aufsatz „Werden wir ein Vielvölkerstaat?“ („Die Welt“ vom 2. 1. 1980) wird im Zusammenhang mit dem seit Jahren andauernden Geburtenschwund in der Bundesrepublik Deutschland (wir haben die niedrigste Geburtenrate der Welt, die nicht einmal auch nur annähernd den Bestand unseres Volkes sichert!) auf die in einem solchen Vielvölkerstaat entstehenden „bürgerkriegsartigen Konflikte, die in ethnischen Explosionen kumulieren könnten“ (also kurz ausgedrückt: auf Rassenkämpfe), hingewiesen und dazu bemerkt:

„Ein solches Deutschland würde nicht nur zu einem Spielball ausländischer Mächte werden, sondern auch zu einer bedrohlichen Unwucht im Getriebe der internationalen Politik. Die bevölkerungspolitische Abstinenz der Bundesregierung stößt deshalb bei den Nachbarn keineswegs nur auf inniges Verständnis. Staatspräsident Giscard d'Estaing — gewiß ein Mann, der nicht im Geruch stehen kann, ‚deutschvölkischen‘ Interessen zu huldigen — vor seinem Bonn-Besuch Anfang Oktober: ‚Die Westdeutschen reagieren nicht wie wir. Sie reden, aber sie tun nichts, es zu ändern.‘“

(In „Die Welt“ vom 2. 1. 1980 steht über den Kanzleramts-Planungschef Albrecht Müller [SPD]:

„Planungschef Albrecht Müller bescheinigte ‚oberen Schichten im Wissenschaftsbereich, in der Politik und in den Amtsstuben der Bundesrepublik‘ eine ‚Gemeinsamkeit‘ mit ‚herrschenden Funktionären in der DDR‘. Wer sich besorgt zur Bevölkerungsentwicklung äußere, denke ‚in Kategorien der Gruppe, der Horde, des Volkes‘ und habe das Wohl des Individuums aus den Augen verloren.“

Und der Mann aus dem Kanzleramt fand noch mehr zu rügen: In den

Schätzungen zur Bevölkerungsentwicklung werde die „Integration der Gastarbeiter und ihrer Kinder vernachlässigt. Auch das“, so Müller, zeuge vom „völkischen Charakter des Denkens“.

Wir sollen also nicht „völkisch“ denken wie andere Völker, sondern nur „individualistisch“ — zum Verderben unseres eigenen Volkes!)

Im Gegensatz zu den Bonner Politikern, die „reden, aber nichts tun“, hat der französische Staatspräsident das Wohl seines Staates im Auge. Inzwischen werden in Frankreich nordafrikanische Immigranten repatriiert. Sie genießen freien Transport und außerdem erhalten sie 1200 engl. Pfund, wenn sie freiwillig gehen. Der französische Staatssekretär für Arbeit, Lionel Stoleru, sagte, daß die Maßnahme mit Rücksicht auf die große Arbeitslosigkeit in Frankreich ergriffen worden sei. Frankreich hat über 1 Million Arbeitslose, aber 1 Million Immigranten. Immigrantenbefürworter bezeichnen den Repatriierungsplan als „unverschämt“, aber er genießt die volle Zustimmung der Gewerkschaftler.

Die Bundesrepublik Deutschland hat etwa 2 Millionen Arbeitslose und ungefähr 2 Millionen ausländische Arbeiter (ohne Familienangehörige), und wie verhalten sich hier die Gewerkschaftler im Hinblick auf eine Rückführung der Ausländer?

Prof. Dr. Theodor Schmidt-Kaler weist darauf hin, daß in den Anwerbeverträgen mit den Entsendeländern sich diese verpflichteten, jederzeit formlos ihre Staatsangehörigen zurückzübernehmen, und daß in den meisten Staaten arbeitslos gewordene Ausländer das Land verlassen müssen, in der Schweiz unverzüglich, wobei notfalls Abschiebemaßnahmen getroffen werden. („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 5. 11. 1982)

Man kann das Ausländerproblem zum Wohle aller Beteiligten nicht durch eine naturwidrige Integrationspolitik lösen, sondern nur durch eine langsame Rückführung der Ausländer in ihre Heimatländer (gegebenenfalls mit Rückkehrhilfen und Verlegung von Arbeitsplätzen ins Ausland). Aber aus ideologischen und politischen Gründen soll das gerade nicht geschehen; die Ausländer fallen damit aber einer planmäßigen Verschmelzung der Völker zum Opfer, die schon seit mehr als 50 Jahren von der von dem katholischen Hochgradfreimaurer, Graf Coudenhove-Kalergi, ins Leben gerufenen Paneuropa-Bewegung gefördert wird. Der Nachfolger des im Jahre 1972 gestorbenen Grafen Coudenhove-Kalergi ist Erzherzog Otto von Habsburg, der bei einem

Vortrag in Stuttgart am 3. 6. 1976 ganz im Sinne dieser Völkervermischungs- oder Integrationspolitik die bedeutsamen Worte sprach:

„Für echte Europäer gibt es keine Ausländer.“)*

Bei der Betrachtung der ganzen Ausländerpolitik und insbesondere auch der Asylantenflut sollte man an folgende Worte des am 12. 4. 1945 gestorbenen US-Präsidenten, Hochgradfreimaurers und Kriegshetzers im 2. Weltkrieg, Franklin D. Roosevelt, denken:

„In der Politik geschieht nichts zufällig. Wenn etwas geschieht, kann man sicher sein, daß es auch auf diese Weise geplant war.“

(Gary Allen: „Die Insider“, Wiesbaden, 1974, Seite 10)

Die „Asylantenflut“ ist, wenn man diese Worte Roosevelts darauf anwendet, genauso gesteuert wie jener Flüchtlingsstrom aus Indochina, über den es heißt:

„Unter den Flüchtlingsströmen der Nachkriegszeit ist der gegenwärtige aus Vietnam zwar nicht der größte, aber sicher der am kaltblütigsten inszenierte.“ (Zeitschrift „Der Überblick 12/79“ — Informationen aus Wirtschaft, Politik und Kultur, Dezember 1979, Folge 464)

Internationale Interessengruppen stehen hinter dieser Politik, denn sie glauben, daß sie ihre geplante „Einweltregierung“ nur aufrichten können über ein großes Völkergemisch! Doch hier täuschen sie sich, denn ein Völkergemisch läßt sich nicht mehr regieren, es geht an Abfall, Streik und Kriminalität zugrunde!

Die Vertreter der Völkervermischungspolitik versuchen mit allen Mitteln, den Deutschen vorzumachen, daß die Ausländer bleiben müssen, da sonst Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Geldwert zusammenbrechen. So läßt z. B. die Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn, in der PZ (Politische Zeitung) das Schreckbild malen, daß nach Abzug von 4 144 800 Ausländern die Pizzeria an der Ecke leersteht. *„Der schwäbische Gastwirt . . . kommt nicht mit dem dünnen Teig und dem Oregano zurecht.“* („Sonntag aktuell“, Stuttgart, 21. 9. 1980) Ähnliches wird bei der Müllabfuhr, in den Zechen der Ruhrkohle, im Auto- und Schiffbau und bei den Eisen- und Stahlwerken, sowie im Baugewerbe befürchtet.

Diese Angstmacherei ist so typisch wie verlogen, denn es ist doch sonnenklar, daß eine wirtschaftliche und bevölkerungspolitische Fehl-

*) Die Hintergründe der Paneuropa-Bewegung werden in dem Buch „Überstaatliche Machtpolitik im 20. Jahrhundert“ von Gerhard Müller, 2. Auflage, Verlag Hohe Warte, 8121 Pähl, näher behandelt.

entwicklung nicht von heute auf morgen behoben werden kann. Sie muß jedoch als falsch erkannt und ihr muß zunächst ein energisches Halt geboten werden. Unterschlagen wird außerdem, daß es zahllose deutsche Arbeitslose und Kurzarbeiter gibt, die darauf warten, wieder bzw. voll arbeiten zu können.

Weiter heißt es: *„Der Bundesbürger muß von nun an wieder alles selber machen. Vor allem die unangenehmen, monotonen und schmutzigen Verrichtungen. Die Ausweisung ... hat ... einen Wachstumsverlust ... zur Folge“*, was als Schreckgespenst heraufbeschworen wird. Nun — zum einen: Die Deutschen haben ohne Hilfe von Ausländern ihre zerstörte Heimat nach 1945 wieder aufgebaut. Die Fremdarbeiter sollen also die *„unangenehmen, monotonen und schmutzigen“* Arbeiten verrichten, für die die Deutschen offensichtlich zu schade sind! Wenn das keine Rassenüberheblichkeit ist, was dann? Sogar auf so verwerfliche Begründungen stützen sich die Verfechter der Integrationspolitik! Zum anderen: Ein Staat ohne wirtschaftliches Wachstum ist bekanntlich viel stabiler als unser heutiges System.

Schon der EWG-Vertrag von 1957 mit der Freizügigkeit aller Arbeitnehmer war ganz im Sinne des Vatikans! Dementsprechend befürworten die kath. Bischöfe Europas den Verbleib der ausländischen Arbeitskräfte in den fremden Staaten: Es sei unannehmbar, daß diejenigen, die mit ihrer Arbeit zum wirtschaftlichen Fortschritt eines Landes beigetragen hätten, in Krisenzeiten in ihr eigenes, wirtschaftlich bedürftiges Land zurückgeschickt würden (Erklärung von Subiaco, Sept. 1980).

Dieser Vorhalt ist zwar teilweise berechtigt gegenüber Staat und Industrie wegen der Hereinnahme der Gastarbeiter; er ist jedoch kein stichhaltiger Grund für ihren ständigen Verbleib. Denn dieser ist unvereinbar mit der Erhaltung der Identität der jeweiligen Völker.

Dieser ganzen Völkerzerstörungspolitik und -propaganda kann man nur mit geistigen Waffen entgegentreten, denn die Wahrheit wirkt vernichtend auf alle Propagandalügen. Gewalt ist völlig fehl am Platze. Vielmehr wird mit Gewalttaten gegen Ausländer und mit sonstigen Anschlägen, wie jüngst, der Aufklärung und dem Frieden nur geschadet. Terroranschläge erregen bei allen anständigen Menschen mit Recht Abscheu vor den Tätern und Mitleid mit den Opfern. Gleichzeitig aber bieten sie die Handhabe zur Unterdrückung mißliebiger Meinungen, Erkenntnisse und Forderungen in der Gastarbeiterfrage.

Die westdeutschen Politiker sollten sich darüber klar sein, daß sie, wenn ihnen z. B. internationale Ziele höher stehen als das Wohl des eigenen Volkes, zum Verräter am eigenen Volke werden und damit gleichzeitig von den Politikern fremder Staaten und ihren internationalen Auftraggebern verachtet werden, denn seit Menschengedenken gilt der Satz: Man liebt den Verrat und verachtet den Verräter!

Was sollen die Deutschen von einer Politik halten, die es möglich macht, daß z. B. zahlreiche Asylbewerber in Westberlin in regelmäßigen Abständen zu Besuchen in ihre Heimatländer fahren („*Stuttgarter Nachrichten*“, 23. 4. 1982), daß Asylanten aus Ghana z. B. unter falschem Namen Gebrauchsgüter aufkaufen und dann in ihre Heimat reisen, ohne zu bezahlen („*Stuttgarter Nachrichten*“, 1. 12. 1982) oder daß in Berlin wegen erheblicher Rauschgiftdelikte verurteilte Asylanten nicht sofort abgeschoben werden („*Der Tagesspiegel*“, 20. 7. 1982)?

Es gibt in der Geschichte kein Beispiel, wo eine Integrationspolitik Gutes für die betreffenden Völker gebracht hat, dagegen sind scharenweise Völker an einer solchen Völkervermischungspolitik zugrunde gegangen und werden weiterhin zugrunde gehen, wenn man nicht endlich die auch hier bestehenden Naturgesetze beachtet. Die griechischen Stadtstaaten im Altertum gingen zugrunde, weil sie die in der Natur geltenden Rassegesetze nicht berücksichtigten.

Alexander der Große konnte wohl mit militärischen Mitteln ein großes Reich aufbauen und eine Völkervermischungspolitik einleiten, nach seinem Tode im Jahr 323 v. u. Z. zerfiel sein Großreich.

Das riesige Römerreich trug schon bei seiner Entstehung den Todeskeim in sich, weil es rücksichtslos eine Völkervermischungspolitik betrieb. Und genauso wie dem Römerreich wird es allen Staaten, auch den sogenannten Supermächten, ergehen, wenn sie weiterhin die Notwendigkeit der Erhaltung der einzelnen Völker mißachten.

Ein Volk dagegen, das seit mindestens 2000 Jahren über viele Völker und Staaten hin zerstreut lebt, ging bisher nicht zugrunde, weil es die in seiner Religion festgelegten äußerst scharfen Rassegesetze beachtete, und das ist das Volk der Juden. Denn in der Thora (den 5 Büchern Mose), dem Gesetz, das für Israel maßgebend ist, gibt es keine Stelle, die eine „*Integrationspolitik*“ zuläßt.

Jede Integration oder Assimilation ist Völkermord; der Grundgedanke jeder Politik muß aber die Erhaltung der einzelnen Völker sein, denn damit wird am besten dem Frieden gedient!

Alexander Ginsburg, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, lehnt eine Vermischung der Juden mit anderen Völkern mit den Worten ab: „*Das ist mindestens so schlimm wie Völkermord.*“ (Wochenendbeilage der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung, 17./18. 11. 1979)

Aufruf

Sie haben jetzt gelesen, welch heimtückischer Völkermord an einem 85-Millionenvolk, *an unserem eigenen Volk*, und damit gleichzeitig an ganz Europa eingeleitet ist und letztlich zur vollen Durchführung kommt, wenn unser Volk nicht entsprechend aufgeklärt wird. Das gleiche gilt für alle anderen Völker Europas, die fremdvölkische Gruppen bei sich aufgenommen haben, wie für die Gruppen selbst.

Der einfache Mann, die einfache Frau unseres Volkes, die die Überfremdung am schnellsten bemerken und ihr ablehnend gegenüberstehen, wagen bisher nicht, irgend etwas offen gegen diese Ausländerüberschwemmung zu sagen, weil sie befürchten, als Rassist, Faschist, Nazi usw. verschrien und womöglich noch wegen Volksverhetzung bestraft zu werden.

Befreien Sie diese Menschen von dieser Furcht, indem Sie ihnen diese Schrift in die Hand geben, in der ja nachgewiesen wird, daß die Integrationspolitiker es sind, die gegen das Völkerrecht und die Strafgesetze verstoßen — Völkermord unterliegt keiner Verjährung — und daß das Volk, das mit Recht eine Überfremdung ablehnt und die Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken will, im Recht ist; denn es will ganz im Einklang mit unseren Gesetzen die Erhaltung der Identität (Eigenart) der einzelnen Volksgruppen und dies ist letztlich nur in deren Heimat möglich.

Den Politikern der Bundesrepublik Deutschland scheint nicht bekannt zu sein, daß sie mit ihrer Ausländerpolitik letztlich auch eines der Kriegsziele Stalins verwirklichen, der die „*Aufhebung der rassischen Exklusivität*“ (Besonderheit) — „*Abolition of racial exclusiveness . . .*“ — gefordert hatte (siehe „One World“ von Wendell L. Willkie, republikanischer Präsidentschaftskandidat der USA im Jahre 1940, Simon und Schuster, New York, 1943, Seite 85). Diese Forderung Stalins liegt auf der gleichen Linie wie der Wunsch des Grafen Coudenhove-Kalergi nach einer eurasisch-negroiden Zukunftsrasse!

Mit Recht demonstrierten am 10. 5. 1980 Tausende von Griechen in Stuttgart gegen die Zwangsintegration, und die Konsuln mehrerer Länder, aus denen Gastarbeiter nach Deutschland kommen, kündigten dem baden-württembergischen Ministerpräsidenten Späth für den Fall, daß die Landesregierung auf der Politik einer vollen Eingliederung bestehe, sogar völkerrechtliche Schwierigkeiten an. („Südwest Presse“ vom 1. 2. 1980)

Wir haben als Volk keinerlei Verpflichtung gegenüber den Ausländern, denn diese sind *freiwillig wegen des guten Verdienstes* gekommen, niemand hat sie dazu gezwungen!

Nicht diejenigen, die eine Überfremdung unseres Landes ablehnen, sind Faschisten, sondern diejenigen, die eine solche Einschmelzungspolitik betreiben, wie sie die Faschisten unter Mussolini mit den deutschen und ladinischen Bewohnern Südtirols betrieben!

Geben Sie diese Schrift Ihren Abgeordneten, Ihren Gemeinderäten, Ihrem Bürgermeister usw., damit auch von dieser Seite eine Änderung der Ausländerpolitik verlangt wird. Ein Abgeordneter äußerte sich z. B. dahin, er könne nur dann politisch im Sinne der Erhaltung unseres Volkes aktiv werden, wenn seine Wähler dies mehrheitlich und nachdrücklich von ihm verlangten. Doch davon sei bisher nichts zu spüren.

Der Druck muß von der Basis kommen, wie man sagt!

Sagen Sie nicht, wir seien eine zu geringe Zahl, um hier eine Änderung durchzuführen — denken Sie an das Wort Lenins:

„Hätte es 1917 in Petersburg nur ein paar Tausend Leute gegeben, die wirklich gewußt hätten, was sie wollten, so hätten wir in Rußland niemals die Gewalt übernehmen können.“

Seien Sie sich darüber im klaren, daß, wenn ein paar Hundert oder ein paar Tausend Leute von uns wissen, was sie wollen, die Aufklärung den entsprechenden Erfolg hat!

Es geht um unsere Zukunft, um die Zukunft unserer Kinder!

Wer nicht wünscht, daß seine Nachkommen in einem eurasisch-negroiden Völkergemisch zugrunde gehen, der wird sich für eine entsprechende Aufklärung einsetzen!

Wenn jeder von uns nach seinen Kräften diese Aufklärungsschrift verbreitet und seine Mitmenschen dazu anregt, *dann können wir diesem Völkermord wirksam entgegentreten*; im anderen Falle müssen wir uns eines Tages bittere Vorwürfe machen, daß wir nicht alles getan haben, um unser Volk vor dem Untergang zu retten.

Der Regierende Bürgermeister von Westberlin, von Weizsäcker, sagte auf einer Tagung des Berliner Aspen-Instituts, die Existenz einer türkischen Teilstadt in dem von Mauern eingeschlossenen West-Berlin sei für die Stadt und ihre Bürger nicht tragbar. Die *„Frankfurter Allgemeine Zeitung“* vom 2. 12. 1982 bemerkt zu dieser Lage: *„Gebessert kann sie nur mit radikalem Stopp des Zuzuges aus den fremden Kulturkreisen und mit allmählicher Verringerung der Zahl der Allzufremden in der Bundesrepublik werden.“*

Wann folgen dieser Erkenntnis die Taten der Politiker?

Der Russe Alexander Sinowjew schilderte in seinem Vortrag *„Der Traum und die Realität der Einen Welt“* am 14. 1. 1982 im Bayerischen Rundfunk die jetzige Lage:

„Es ist unbestreitbar, daß das Lebensniveau im Westen viel höher ist als in anderen Teilen des Planeten. Der Westen ist eine Versuchung für viele Millionen Menschen geworden. Diese Menschen wollen natürlich etwas vom westlichen Reichtum für sich bekommen. Sie streben nach Westen. Und sie haben eine Möglichkeit dafür. Man kann den Einfall der Ausländer in den Westen feststellen . . .

Fremde dringen in alle Sphären der Gesellschaft ein und üben auf sie einen immer größer werdenden Einfluß aus. Dieser unauffällige Einfluß schwächt die westliche Zivilisation in größerem Ausmaße als zerstörerische Kriege.

Das Problem der Auswahl steht dem Westen bevor: entweder für seine privilegierte Lage kämpfen oder vor dem Angriff der Ausländer kapitulieren. In beiden Fällen ist es ein Kampf auf Leben und Tod . . .“

Die Schlußfolgerung daraus kann für den Westen nur lauten: Entweder Rückführung der Ausländer in ihre Heimatländer oder Völkerchaos und Untergang!

Staffelpreise

| | | | |
|----------|---------|-----------|---------|
| 1 Stück | DM 1,50 | 20 Stück | DM 14,— |
| 5 Stück | DM 6,— | 50 Stück | DM 30,— |
| 10 Stück | DM 8,— | 100 Stück | DM 50,— |

11. Auflage Februar 1983

Gedruckt in der Carl Bauer'schen Druckerei München